

Die



informiert

AG Kompensation

## **GdP: „Landesregierung kann beweisen, dass sie Polizisten gesundheitsschonend entlastet“**

**- Belastungskonferenz der GdP zeigt Wirkung -**

**KIEL.** Vor einigen Monaten hat Innenminister Studt in der Landespolizei eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung von Ideen zur Kompensation belastender Dienste eingesetzt. Nach Erkenntnissen der GdP befindet sich die AG auf der Zielgeraden, Zwischenergebnisse sollen in der kommenden Woche bekannt gegeben werden.

Demnach werden derzeit konkrete Modelle für einen vorgezogenen Ruhestandseintritt belastender Dienste durchgerechnet – und das ohne Versorgungsabzüge. Diese Möglichkeiten sollen wohl in unterschiedlicher Gewichtung für Wechselschicht- und Schwerpunktdienstleistende gelten können. Die Einbeziehung anderer belastender Dienste wie beispielsweise SEK, MEK, ZSK und BFE wird geprüft. Frühester Zeitpunkt für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Polizeidienst auf eigenen Antrag soll das 60. Lebensjahr sein – also immerhin dann maximal zwei Jahre vor der gesetzlich geregelten Altersgrenze.

Weiterhin wird die Arbeitsgruppe nach GdP-Erkenntnissen Möglichkeiten und Folgen einer Wochenarbeitszeitreduzierung im Wechselschichtdienst beschreiben. Diese könnten höchstwahrscheinlich erst ab einer bestimmten Stehzeit im Wechselschichtdienst greifen. Hier werde dann das Personalwohl im Präsenzdienst zwingend zu kompensieren sein.

Die Richtungen, Diskussionen und Zwischenergebnisse in der Arbeitsgruppe weisen zum richtigen Ziel, so der Stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger. Jäger erinnerte daran, dass die GdP in Schleswig-Holstein mit ihrer Mitgliederbefragung und der Belastungskonferenz im Herbst 2014 sehr deutlich auf die Belastungen gerade im Wechselschichtdienst und anderen belastenden Dienstformen hingewiesen habe. So habe die Belastungskonferenz noch einmal bewiesen, dass sich in einer 41-Stunden-Woche kein gesunder Schichtrhythmus gestalten lasse. Daraus sind die Forderungen entstanden, Belastungen nicht nur monetär zu kompensieren. Als Folge der Ergebnisse der Belastungskonferenz war auf Weisung von Innenminister Stefan Studt vom Landespolizeidirektor Ralf Höhs die „Arbeitsgruppe Kompensation“ eingerichtet worden.

Die wahrscheinlichen Ergebnisse der Arbeitsgruppe bestätigen die Analysen und Forderungen der GdP nach einer vorzeitigen Ruhestandsmöglichkeit und Reduzierung der Wochenarbeitszeit im Wechselschichtdienst. „Die bisherigen Ergebnisse der Arbeitsgruppe sind eine sehr gute Vorlage an die Landesregierung. Diese kann nun beweisen, dass sie Polizisten nicht fordert und überfordert, sondern auch gesundheitsschonend entlastet!“ **Bis Jahresende soll die AG beendet sein und ein Endergebnis vorgelegt werden.**

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Schleswig-Holstein e.V.,  
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel, Telefon 0431-17091, Telefax 0431-17092,  
E-Mail: [gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de](mailto:gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de), 27. November 2015 – Nr. 53/2015